

# Wunsch nach Erdverkabelung deutlich dokumentiert

Rund 1500 Stellungnahmen gezählt / Liberale wollen Alternativen „bis zum Allerletzten“ prüfen

**LANDKREIS** (sdI) • Sturm der Entrüstung gegen die geplante Hochspannungsleitung von Ganderkesee nach Diepholz, Ortsteil St. Hülfe: Rund 1500 Stellungnahmen von Anliegern an der Trasse, von Städten und Gemeinden hat das niedersächsische Landwirtschaftsministerium mittlerweile gezählt.

Bereits jetzt sei ein Schwerpunkt erkennbar, hieß es in einer Pressemitteilung: die Ablehnung der Freileitung und die Forderung nach einer Erdverkabelung.

„Wir haben eine Spir ge-

legt, was man machen könnte“, erklärte die FDP-Bundestagsabgeordnete Angelika Brunkhorst gemeinsam mit dem FDP-Landtagsabgeordneten Hans-Werner Schwarz während eines Besuches im Verlagshaus Syke. Entschieden traten beide dem Vorwurf entgegen, die Liberalen hätten sich bisher zu wenig engagiert.

„Endlich ist für ein konkretes Trassenprojekt – wie schon lange von der FDP gefordert – ein Gutachten über die Option Erdverkabelung beim Neubau von Höchstspannungsstrassen vergeben

worden“, blickte Angelika Brunkhorst, Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion für erneuerbare Energien, zufrieden nach Hannover. Die Liberalen wollen diese Vergleichsstudie zu Übertragungsalternativen abwarten, die das niedersächsische Landwirtschaftsministerium in Auftrag gegeben hat. „Wir möchten die Möglichkeiten bis zum Allerletzten prüfen.“

Man wolle nicht, dass die Kulturlandschaft leide, sagte Schwarz. Die Liberalen würden auch keine Gesundheitsbeeinträchtigung von Menschen (dazu gehört auch

die seelische Gesundheit) und keine Entwertung von Grundstücken hinnehmen. Man dürfe den Bürgern aber keinen Sand in die Augen streuen: „Das Ganze wird umgelegt auf den Verbraucher.“

Angelika Brunkhorst forderte von den Energieversorgungsunternehmen Offenheit in der Diskussion: „Der Bürger ist auch gleichzeitig ihr Kunde.“ Das Kostenaugment müsse man sicherlich im Hinterkopf haben. Aber es dürfe die anderen Aspekte der Thematik nicht erschlagen, mahnte die Politikerin.

Beide Abgeordnete verwiesen auf einen speziellen Antrag, den Angelika Brunkhorst in den Bundestag eingebracht habe. Er beinhalte die Forderung, Forschung und Entwicklung für innovative Energie-Übertragungstechnologien voranzubringen. Im Bundesumweltministerium sieht die Politikerin Fürsprecher für die Erdverkabelung. Außerdem verwies sie auf die Novellierung des Planungsbeschleunigungsgesetzes, durch die man die Prüfungspflicht für Erdkabel-Varianten rechtlich verankern könne.